

Beschlüsse

zur Drucksachenummer

01109/2017

Neufassung der Straßenausbaubeitragssatzung

Beschlüsse:

17.07.2017	Stadtvertretung
028/StV/2017	28. öffentliche/nicht öffentliche Sitzung der Stadtvertretung

Bemerkungen:

1.

Es liegt folgender Ersetzungsantrag der Fraktion DIE LINKE vom 17.07.2017 vor:

Die Stadtvertretung möge beschließen:

„Der Oberbürgermeister wird aufgefordert zu prüfen, inwieweit die derzeitige Straßenausbaubeitragssatzung neu gefasst werden kann. Im Mittelpunkt der Prüfung soll zum einen die Möglichkeit einer rechtssichereren, die Anwohnerinnen und Anwohner entlastenden Kategorisierung der Schweriner Straßen und zum anderen die Festschreibung von Beteiligungsmöglichkeiten von betroffenen, beitragspflichtigen Anwohnerinnen und Anwohnern stehen. Das Ergebnis der Prüfung ist der Stadtvertretung nach der Sommerpause vorzulegen.“

2.

Das Mitglied der Stadtvertretung Herr Dirk Lerche schlägt vor, dass die Verwaltung mit den politischen Beteiligten sowie mit den Vertretern der Bürgerinitiativen eine Satzungs-AG ins Leben ruft, die dann die besten Vorschläge für eine Satzung diskutiert und einarbeitet.

3.

Der Stadtpräsident stellt den Ersetzungsantrag der Fraktion DIE LINKE vom 17.07.2017 zur Abstimmung.

Beschluss:

Der Oberbürgermeister wird aufgefordert zu prüfen, inwieweit die derzeitige Straßenausbaubeitragssatzung neu gefasst werden kann. Im Mittelpunkt der Prüfung soll zum einen die Möglichkeit einer rechtssichereren, die Anwohnerinnen und Anwohner entlastenden Kategorisierung der Schweriner Straßen und zum anderen die Festschreibung von Beteiligungsmöglichkeiten von betroffenen, beitragspflichtigen Anwohnerinnen und

Anwohnern stehen. Das Ergebnis der Prüfung ist der Stadtvertretung nach der Sommerpause vorzulegen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig bei einer Stimmenthaltung beschlossen